



Kiel, 6. Juli 2017
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 6. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 5. Juli 2017, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Vorstellung des Ministers für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, und der Staatssekretäre Kristina Herbst und Torsten Geerds

Der Minister und die Staatssekretäre stellten sich vor und führten ein Gespräch mit dem Ausschuss.

2. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung, hier: Ergänzung des Aktenvorlagebegehrens vom 20.06.2017 ([Umdruck 19/5](#))

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/16](#)

Das Aktenvorlagebegehren wurde von zehn Ausschussmitgliedern unterstützt, sodass das nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung erforderliche Quorum erreicht ist.

3. Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/24](#)
(überwiesen am 29. Juni 2017)

Der Ausschuss kam überein, schriftliche Stellungnahmen des Landeswahlleiters, des Landesbeauftragten für politische Bildung sowie des Landeswahlleiters der Freien Hansestadt Bremen einzuholen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/11](#)

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/38](#)

(überwiesen am 29. Juni 2017 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Drucksache 19/37](#)

Der Ausschuss kam überein, zu den Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen der Ausschussgeschäftsführung bis zum 19. Juli 2017 benannt werden.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/15](#)

(überwiesen am 28. Juni 2017 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, sich dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss beschloss, die im Terminplan vorgesehene Sitzung am 13. September 2017 nicht durchzuführen.

Schluss: 14:40 Uhr

gez. Dörte Schönfelder